



# Tagesbericht

21. September 1953

Information Nr. 1073

## Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 307–312 (2. Expl.).

## Serie

Informationsdienst.

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

## Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 4 Punkten).

## **Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft**

### **a) Industrie und Verkehr**

Wie aus verschiedenen Bezirken (Potsdam, Karl-Marx-Stadt, Dresden und Gera) bekannt, ist zu einem großen Teil die Stimmung, besonders bei politischen Fragen, noch abwartend und verhalten. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt macht sich in einigen Betrieben eine Interesselosigkeit gegenüber politischen Fragen bemerkbar. So erschienen zu einer Belegschaftsversammlung der Peniger Papierfabrik von 500 Angehörigen nur 80, wovon jedoch nur 50 bis zum Schluss anwesend waren. In der Bau-Union Wünsdorf/Potsdam hat sich die Stimmung gebessert (besonders in der Lohnfrage), jedoch ist auch hier eine Zurückhaltung zu verspüren.

Durch gute Propaganda und Agitation wird die Stimmung wesentlich beeinflusst. So wurden im Schlepperwerk Brandenburg/Potsdam durch politische Aufklärungsarbeiten die Kassierungen des FDGB vom Juli zum August fast um das Doppelte gehoben (jetzt 83 %). Die erfolgreiche Entfernung von Provokateuren aus Betrieben wird bestimmt durch die Vorbereitung dieser Aktionen. So wurden aus dem VEB Pumpen- und Gebläsewerk Leipzig zwei derartige Elemente entfernt. Die Belegschaft stand geschlossen hinter diesen Maßnahmen. Über die Wahlen in Westdeutschland wird nur noch gering diskutiert. Die Argumente sind die gleichen geblieben. In den Bergmann-Borsig Werken Berlin herrscht eine schlechte Stimmung gegen Regierung und SU. Im Eisenhüttenkombinat »J. W. Stalin«/Frankfurt/Oder versuchten einige Angehörige in der Richtung zu diskutieren, dass der FDGB eine neutrale Organisation sein müsste und nicht abhängig von der SED. Auf einer Direktorensitzung des EKM Bitterfeld/Halle versuchten Direktoren (IG-[Farben]-Konzern-hörig), die Entlassung von Provokateuren aus den Reihen der Intelligenz zu verhindern bzw. die Verantwortung auf die Partei abzuwälzen.

Im Allgemeinen wird über wirtschaftliche Fragen diskutiert, wobei die Forderungen einer baldigen Preissenkung in der HO, mangelhafte Kohlenversorgung und Stromversorgung steht. In einigen Fällen treten Diskussionen auf, wo die Belegschaft über Lohnfragen nicht einverstanden ist, da Unterschiede bestehen in der Bezahlung der gleichen Arbeit (Kraftwerk Finow/Frankfurt). Im Bezirk Cottbus, Textilkombinat VEB Gubener Wolle, fordern die Frauen die Bezahlung des Haushaltstages, <sup>1</sup> andernfalls wollen sie keine Beiträge für den FDGB mehr zahlen.

In Fragen der Kartoffelversorgung werden verschiedene Diskussionen geführt. So ist im Bezirk Rostock ein größerer Teil der Bevölkerung mit der zugeteilten Menge zufrieden, während man sich im Bezirk Leipzig dahingehend äußert, dass die zugeteilte Menge Einkellerkartoffeln zu wenig ist, dgl. im Bezirk Halle und Suhle. Die Arbeiter der Bau-Union Potsdam wollen in Jüterbog ihre Bauten nicht mehr durchführen, da der Rat des Kreises und die SED-Kreisleitung ihnen die Lebensmittelkarte B verweigert hätten.

In der Konservenfabrik Tilleda/Halle kommt in den nächsten Tagen die Produktion zum Stillstand, wenn sie keine Einkochgläser erhalten. In den Braunkohlenwerken Bertsdorf/Dresden, Spreetal und Greifenhain/Cottbus wird infolge von Materialschwierigkeiten (besonders Loks, Gleismaterial und Transformatoren) das geplante Ziel nicht voll erreicht. Weiterhin wird über die schlechten sozialen Verhältnisse, die Lohnfrage, über Stromabschaltungen, über Fehlen von Arbeitskleidung und über die zu hohen Preise diskutiert.

### **b) Handel und Versorgung**

Ein Engpass, der in allen Bezirken in Erscheinung tritt, sind Kochtöpfe, Einmachgläser, Wassereimer und andere Industriewaren. In Belzig/Potsdam wurden drei Tonnen ranzige Butter angeliefert. In Pößneck/Gera wurden vier Fass Delikatessheringe von der DHZ auf den Schuttanlageplatz gefahren. Arbeiter erklären dazu, man soll die Preise senken, ehe diese Sachen verderben. In verschiedenen Kreisen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt treten noch immer Schwierigkeiten in der Fleischversorgung auf. Aus Dresden wird berichtet, dass unter den Angestellten des staatlichen und genossenschaftlichen Handels sowie den Angestellten der staatlichen Verwaltung Handel und Versorgung große Missstimmung herrscht, da der Planvorschlag 1954 in einer unmöglich kurzen Zeit (2–3 Tage) gefertigt werden muss. So wird zum Ausdruck gebracht, dass dies ein Verbrechen sei und es sich hierbei nur um eine Schädlingstätigkeit handeln könne.

### **c) Landwirtschaft**

Diskussionen über das Ablieferungssoll und Preise für landwirtschaftliche Produkte halten weiterhin an. Teilweise wird geäußert, dass man erst nach der Hackfruchternte mit dem Drusch beginnen will. An einigen Beispielen zeigt sich, dass eine gute Aufklärungsarbeit sich in der Sollablieferung widerspiegelt. So wurde z. B. in Kützkw<sup>2</sup>/Potsdam das Ablieferungssoll mit 75 % erfüllt und im Kreis Auerbach/Karl-Marx-Stadt mit 100 %. Im Kreis Quedlinburg/Halle wird von der VEAB das Getreide mit 17 % Feuchtigkeitsgehalt nicht abgenommen, da keine Möglichkeit zum Trocknen vorhanden ist.

Aus Rostock wird berichtet, dass die Großerfassungstage in der Landwirtschaft einen großen Erfolg zeigen. So z. B. wurden in Putbus in zwei Tagen 39 Rinder, 250 Schweine, zehn Kälber, 1 800 dz Getreide und 176 dz Kartoffeln erfasst. Dieser Erfolg war möglich durch Zusammenarbeit der VEAB und HO. Die VEAB zahlte sofort einen Teil des Geldes aus und die HO brachte ein reichhaltiges Angebot an Wirtschafts- und Gebrauchsgegenstände.

Aufgrund der ernsten Lage in der Kartoffelernte (zu wenig Arbeitskräfte) wurden von der Kreisleitung der SED und vom Rat des Kreises Belzig 300 Selbstverpflichtungen übernommen. Jeder Genosse wird dementsprechend 50 Stunden im Ernteeinsatz helfen.

## **Stimmung der übrigen Bevölkerung**

Anhaltend wird von der Bevölkerung über wirtschaftliche Fragen diskutiert. Änderungen in der Diskussion gegenüber den Vortagen sind bis auf die Kartoffelversorgung nicht zu verzeichnen. Die in der Presse veröffentlichten Zahlen über Wintereinkellerung von Kartoffeln werden mit Befriedigung aufgenommen.<sup>3</sup> Demgegenüber sind Äußerungen zu verzeichnen, dass die Kartoffelmenge nicht ausreichend wäre. Aus Potsdam wird berichtet, dass die Hamstereinkäufe an Kartoffeln noch immer anhalten und Befürchtungen über die rechtzeitige Wintereinkellerung geäußert werden.

Am 18.9.1953 fand in Annaberg/Karl-Marx-Stadt eine Großkundgebung statt. Die Stimmung unter den 10 000 Teilnehmern war gut (gleiche Teilnehmerzahl wie zum 1. Mai).

## **Organisierte Feindseligkeit**

Verstärkte Flugblatttätigkeit wurde in den Bezirken Cottbus (besonders Kreis Herzberg) und Frankfurt/Oder (besonders Kreis Bernau) festgestellt. Es handelt sich vorwiegend um Flugblätter der NTS<sup>4</sup> und KgU<sup>5</sup> (Inhalt bereits bekannt). Im Bezirk Frankfurt/Oder richtete sich der Inhalt der Flugblätter gegen den Generalsekretär der LDP Täschner.<sup>6</sup>

Vereinzelte Flugblatttätigkeit war in den Bezirken Potsdam, Halle, Karl-Marx-Stadt, Gera, Dresden und Neubrandenburg zu verzeichnen. Hier waren es in der Hauptsache Flugblätter der NTS, [des] SPD-Ostbüros<sup>7</sup> und des Untersuchungsausschusses »Freiheitlicher Juristen«.<sup>8</sup>

Vereinzelt wurden Hetzbriefe an leitende Funktionäre geschickt. Im Bezirk Potsdam, Rostock und Dresden wurden von faschistischen Elementen vereinzelt Hetzlosungen und Hakenkreuze angemalt. In der Schuhfabrik Storkow/Frankfurt/Oder wurde am 18.9.1953 eine Maschine stillgelegt, in welche man Nägel hineingeworfen hatte.

## ***Einschätzung der Situation***

Die Lage ist weiterhin gekennzeichnet durch die abwartende Haltung eines großen Teils der Bevölkerung. Im Mittelpunkt der Diskussionen stehen immer noch die bekannten Mängel in der Versorgung und die erwartete Preissenkung der HO.

Dem Gegner gelingt es teilweise, die Stimmung der Bevölkerung gegen die Maßnahmen der Regierung zu beeinflussen, wie z. B. über die angeblich zu geringen Zuteilungen von 140 kg Kartoffeln pro Kopf. Auch die Mängel in der Versorgung und die Materialmängel und Fehler in der Arbeitsorganisation in den Betrieben und der Landwirtschaft, begünstigt durch das oft langsame Reagieren der Verwaltungen, nutzt der Gegner aus zu hetzerischer Agitation und erzeugt dadurch ständig neuen Unwillen bei der Bevölkerung gegen die Partei und Regierung. Gleichzeitig wirkt sich verschiedentlich die Verbesserung der Parteiarbeit aus und zeigt in einer Reihe Betriebe ein besseres Verständnis für die Politik unserer Partei und Regierung.

Auf dem Lande versucht der Gegner weiterhin, die Ablieferung zu verzögern. Dabei gelingt es ihm aber nur in einigen Fällen, Schwierigkeiten von örtlicher Bedeutung zu erzeugen. Auf die Gesamtlage hat dies keinen Einfluss.

1

Der Haushaltstag war ein monatlicher bezahlter arbeitsfreier Tag für voll berufstätige Frauen, der laut § 34 der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werk tätigen und über die Regelung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten vom 20.5.1952 (GBL 1952, S. 377–383, hier 383) nur Frauen zustand, wenn der Ehemann voll beschäftigt, krank oder dauernd arbeitsunfähig war bzw. wenn Kinder oder arbeitende bzw. in Ausbildung stehende Jugendliche unter 16 Jahren oder pflegebedürftige Angehörige zum Haushalt gehörten. Durch diese allgemeine Bestimmung waren weitergehende Regelungen, die zuletzt auf betrieblicher Ebene bestanden hatten, abgelöst worden, was zu chronischer Unzufriedenheit bei den Betroffenen führte. Vgl. Sachse, Carola: Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994. Göttingen 2004, S. 49–100.

2

Im Original »Kützo«. Kützkow war ein Ortsteil von Pritzerbe, Kreis Brandenburg/Havel, Bezirk Potsdam.

3

Es wurde die Zuteilung von 140 kg pro Person für die Zeit vom 1.10.1953 bis zum 30.6.1954 angekündigt. Vgl. z. B. »Ab 21. September Kartoffeleinkellerung«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 20.9.1953, S. 8.

4

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

5

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

6

Herbert Täschner, Jg. 1916, seit 1950 Generalsekretär der LDPD, galt als SED-höriger Hardliner.

7

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und

Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

8

Der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UfJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechtshandlungen und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise wieder in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen Fünfzigerjahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert, ihre Aktivitäten sind im Kontext US-amerikanischer »Liberation Policy« zu sehen. Die Staatssicherheit bekämpfte den UfJ mit großem Aufwand und großer Härte, u. a. auch mit Entführungen. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv. Alle Rechte vorbehalten.